

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

64. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. November 2002, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Monika Schwalm (CDU)

Vorsitzende

Peter Eichstädt (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Arno Jahner (SPD)

i.V. von Anna Schlosser-Keichel

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) i.V. von Irene Fröhlich

### **Weitere Abgeordnete**

Silke Hinrichsen (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Thomas Rother (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Umwandlung von Weisungsaufgaben in Selbstverwaltungsaufgaben</b>	<b>4</b>
hierzu: Umdruck 15/2045 (Kommissionsvorlage 15/0125)	
<b>2. Kommunalisierung der Regionalplanung</b>	<b>6</b>
hierzu: Umdruck 15/2045 (Kommissionsvorlage 15/0094)	
- Verfahrensfragen -	
<b>3. Aufgaben, die im Rahmen der interkommunalen Funktionalreform von den Kreisen auf die Städte und Gemeinden übertragen werden sollten</b>	<b>7</b>
hierzu: Umdruck 15/2045 (Kommissionsvorlage 15/0093)	
- Verfahrensfragen -	
<b>4. Interkommunale Zusammenarbeit</b>	<b>8</b>
hierzu: Umdruck 15/2045 (Kommissionsvorlage 15/0128)	
- Verfahrensfragen -	
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Umwandlung von Weisungsaufgaben in Selbstverwaltungsaufgaben**

hierzu: Umdruck 15/2045 (Kommissionsvorlage 15/0125)

Abg. Puls weist darauf hin, dass die vorliegenden Unterlagen bereits älteren Datums sind und schlägt vor, die kommunalen Landesverbände, den Landesrechnungshof und die Landesregierung um Aktualisierung ihrer jeweiligen Stellungnahmen zu bitten. Diese sollten Grundlage des von der SPD-Fraktion verfolgten Zieles der Umwandlung möglichst vieler Weisungsaufgaben in Selbstverwaltungsaufgaben sein sowie dafür, entsprechende Entscheidungen möglichst zeitnah treffen zu können.

Abg. Schlie erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden und regt an, als Grundlage der Beratung die vom Landesrechnungshof der Enquetekommission zugeleitete Tabelle zu nehmen. Außerdem regt er an, die Fragestellung dahin zu erweitern, welche neuen Aufgaben als Selbstverwaltungsaufgaben erledigt werden könnten, welche Aufgaben als notwendig angesehen würden und ob Selbstverwaltungsaufgaben auf Dritte übertragen werden könnten.

Auch MDgt Asmussen hält die angesprochene Liste für aktualisierungsbedürftig, allerdings primär auf der Basis der Stellungnahme der Landesregierung.

Abg. Schlie gibt zu bedenken, bei der Prüfung der Frage, welche Aufgaben auf Kreisebene übertragen werden sollten, müsse der Aspekt beachtet werden, was die Kreisebene leisten könne. Bei dieser Prüfung sollte sich der Ausschuss von den jetzigen Verwaltungsstrukturen frei machen.

Abg. Heinold betont, ihre Fraktion vertrete die Auffassung, dass, verfolge man stringent das Ziel der Zweistufigkeit, Regionen vorhanden sein müssten, die die schwierigen Aufgabenkomplexe verantwortungsvoll abarbeiten könnten.

Auf eine Frage der Abg. Heinold antwortet Abg. Puls, einzelgesetzlich sei festgelegt, auf welcher Verwaltungsebene Aufgaben zu erfüllen seien. Der Entlastungseffekt bei der Umwandlung von Weisungsaufgaben in Selbstverwaltungsaufgaben liege darin, dass die Fachaufsichtsbehörden des Landes entlastet würden. Diese Umwandlung werde vom Konnexi-

tätsprinzip nicht berührt. Er rege an, dass zunächst einmal die kommunalen Landesverbände ihre Vorstellungen dazu vorlegten, bei welchen Aufgaben eine Umwandlung möglich sei; dann müsse die Politik entscheiden darüber, ob die Regelung übertragen werden könne oder ob eine landesweit einheitliche Regelung notwendig sei. Er könne sich beispielsweise im Umweltbereich eine sehr schnelle Umwandlung von Weisungsaufgaben in Selbstverwaltungsaufgaben vorstellen. Abg. Schlie weist darauf hin, dass auch Selbstverwaltungsaufgaben auf kommunaler Ebene landeseinheitlich erledigt werden könnten. Auch er könne sich eine Umwandlung von Weisungsaufgaben in Selbstverwaltungsaufgaben im Bereich der Umweltverwaltung vorstellen.

Auch MDgt Asmussen unterstützt den Vorschlag, dass sich die kommunale Seite hier positionieren sollte. Außerdem bekräftigt er die Aussage von Abg. Schlie, dass, wenn Bedarf für eine landeseinheitliche Erfüllung einer Aufgabe bestehe, dies beispielsweise durch entsprechende gesetzliche Regelungen und Verordnungen möglich sei.

Sowohl Abg. Schlie als auch Abg. Puls geben für ihre Fraktionen ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck, dass an dieser Sitzung kein Vertreter der kommunalen Landesverbände teilnimmt, und kommen überein, die kommunalen Landesverbände nochmals auf die Möglichkeit hinzuweisen, an den Sitzungen des Innen- und Rechtsausschusses, die sich mit dem Thema Verwaltungsstrukturreform beschäftigen, zu beteiligen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Kommunalisierung der Regionalplanung**

hierzu: Umdruck 15/2045 (Kommissionsvorlage 15/0094)

- Verfahrensfragen -

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, die Landesregierung und die Vertreter der kommunalen Landesverbände zu bitten, im Ausschuss zu dem Referentenentwurf der Landesregierung und dem in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Stellung zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Aufgaben, die im Rahmen der interkommunalen Funktionalreform von den Kreisen auf die Städte und Gemeinden übertragen werden sollten**

hierzu: Umdruck 15/2045 (Kommissionsvorlage 15/0093)

- Verfahrensfragen -

Abg. Puls schlägt vor, die vorliegende Übersicht aktualisieren zu lassen.

Demgegenüber macht Abg. Schlie den Vorschlag, im Vorwege zum Thema interkommunale Funktionalreform ein Gespräch mit einem Experten für diesen Bereich, Herrn Dehn, zu führen.

Abg. Heinold hält es für wichtig festzustellen, welche Aufgaben originär auf Kreisebene geregelt werden müssten, und welche den Kommunen übertragen werden könnten.

Abg. Hildebrand spricht sich dafür aus, zunächst einmal zu erheben, was in Kreisen an Funktionalreform stattgefunden hat. Außerdem vertritt er die Auffassung, dass dieses Thema in erster Linie zwischen den Kreisen sowie den Städten und Gemeinden geregelt werden sollte.

Abg. Puls zieht seinen Vorschlag zurück und schließt sich dem Vorschlag von Abg. Schlie an. Der Ausschuss beschließt in diesem Sinn.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Interkommunale Zusammenarbeit**

hierzu: Umdruck 15/2045 (Kommissionsvorlage 15/0128)

- Verfahrensfragen -

Abg. Schlie schlägt zur Vervollständigung der Beratungsunterlagen vor, den Gemeindetag sowie den Städteverband zu bitten, dem Ausschuss ihr jeweiliges Gutachten zur Thematik Stadtumlandproblematik und horizontale interkommunale Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

Abg. Schlie schlägt vor, die kommunalen Landesverbände dahin gehend zu befragen, welche Modelle der interkommunalen Zusammenarbeit es gibt, wie sie beurteilt werden, welche Synergieeffekte aus Sicht der kommunalen Landesverbände aufgetreten sind und welche Vor- und Nachteile diese Modelle haben.

MDgt Asmussen gibt bekannt, dass der Landesrechnungshof beabsichtige, im ersten Halbjahr 2003 das Thema kommunale Zusammenarbeit im kreisangehörigen Bereich im Rahmen einer Querschnittsprüfung aufzunehmen. Mit Ergebnissen werde voraussichtlich nach der Sommerpause zu rechnen sein.

Abg. Heinold schlägt vor, dieses Thema dann wieder aufzugreifen, wenn der Bericht des Landesrechnungshofs vorliegt. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.



Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Ausschuss verständigt sich auf Mittwoch, den 8. Januar 2003, 11 Uhr, als nächsten Sitzungstermin und beabsichtigt, in dieser Sitzung das mit Herrn Dehn beabsichtigte Gespräch zum Thema Übertragung von Aufgaben von Kreisen auf Städte und Gemeinden zu führen.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 11 Uhr.

gez. Monika Schwalm  
Vorsitzende

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin